



## Protokollauszug

### zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 30.06.2021, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal (Hybrid-Sitzung)

#### ÖFFENTLICH

TOP 1

Aktueller Bericht aus dem Corona Krisenstab

---

#### Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. EBMin Schmetz prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort und digital. Online zugeschaltet ist Stadträtin Shoaleh. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt. Nachdem EBMin Schmetz die Beschlussfähigkeit festgestellt hat und es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

EBMin **Schmetz** weist darauf hin, dass der Stab aufgrund der mittel- und langfristigen Begleitung der Pandemie zum Corona-Krisenstab umbenannt worden sei. Der Stab für außergewöhnliche Ereignisse werde sich um weitere Themen kümmern. Die gemeinsame Leitung des Corona-Krisenstabs liegt bei EBMin Schmetz und BM IIk.

Es erfolgt ein Bericht über die Auswirkungen der Corona- Pandemie durch EBMin Schmetz, den Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen, den Fachbereich Bildung und Familie und den Fachbereich Sport und Gesundheit anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. EBMin Schmetz geht auf die Inzidenzsituation ein. Die Verwaltung werde wieder teilweise geöffnet. Mit dem Gesundheitsamt seien Eckpunkte abgestimmt worden. Das gesellschaftliche Leben solle wieder anrollen und Angebote stattfinden. Für Betriebe habe die Stadt in der MHP-Arena eine Impfstation geplant, jedoch sei die Nachfrage hierauf nicht groß gewesen. Vermutlich seien die Betriebe selbst organisiert. EBMin Schmetz gibt einen Ausblick für die Zeit nach den Sommerferien. Für die Ferien habe man alle Träger aufgerufen, möglichst viele Aktionen anzubieten. Eine Umfrage in den Familienzentren soll zeigen, welchen Bedarf es gibt und wie man Familien erreichen kann. Der Bund unterstützt bedürftige Familien für Kultur-, Freizeit- und Sportangebote. In den nächsten Wochen werde eine interne Abstimmung unter den Fachbereichen stattfinden. Möglichkeiten auf Bundesfördergelder und Kooperationen mit Stiftungen werden geklärt. Derzeit befinde man sich noch in der Pandemie, erinnert EBMin Schmetz und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** dankt für den Bericht. Sie appelliert an die Vernunft der Bürger. Den Kindern und Jugendlichen solle ein gutes Sommerprogramm geboten werden. Eine Empfehlung solle gezielt über die Schulen und Kindertagesstätten gesteuert werden.

Man brauche Multiplikatoren in Schulen und Kindertagesstätten und man müsse wissen, wo die echten Corona Verlierer sind, merkt Stadtrat **Meyer** an. Er habe gehofft, dass die Stadt bereits ein konkretes Programm vorlege. Die Zeit sei knapp. Man müsse mehr Angebote schaffen und

finanzieren. Er schlägt ein Aufholprogramm vor, damit diejenigen, die verlernt haben zu lernen und sich zu konzentrieren, in den Ferien zum Beispiel von Gesangs- und Sportangeboten profitieren können. Hierfür sollten 20 Prozent der Plätze freigehalten werden. Man müsse Angebote und Plattformen für Begegnungen mit entsprechenden Hygienekonzepten schaffen.

Stadträtin **Moersch** dankt für den ausführlichen Bericht. Die sinkende Inzidenz sei der Impfstrategie und der Vorsichtsmaßnahmen zu verdanken. Jedoch dürfe man die Verlierer und die Defizite nicht aus den Augen verlieren. Kinder haben sehr gelitten und sich zurückgezogen. Sie fragt nach dem Stand der Geimpften in Ludwigsburg. Zudem geht sie auf die Impfvorbehalte ein und hofft auf Unterstützung durch den Integrationsrat.

Wir müssen uns mit den sozialen Folgen von Corona auseinandersetzen, so Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Er dankt für die gute Begleitung durch die Krise mit viel Gespür und Kreativität. Die Entwicklung sei positiv und er lobt die Bevölkerung. Man stehe zwischen Lockerungen und Vorsicht. Unter bestimmten Auflagen sollen Angebote stattfinden. Die Stadt solle Möglichkeiten eröffnen, ermutigen und gegebenenfalls finanziell unterstützen.

Ein Nachholbedarf sei vorhanden, merkt Stadtrat **Heer** an. Man müsse in eine Normalität zurückkehren und Angebote schaffen. Der Weg sei gut.

Die Kinder brauchen dieses Jahr ein besonderes Programm, meint Stadträtin **Shoaleh** und dankt weiter für die Impfkation im Frauenhaus. Weiter geht sie auf das Sommercamp ein. Dies sei auf der Homepage noch nicht abrufbar.

Die Situation sei durch schnelle Änderungen der Inzidenzen schwierig, mahnt Stadträtin **Dr. Traub**. Sie lobt das große Engagement.

Die richtigen Schlüsselpersonen müssen gefunden und auf die Plattform der zusätzlichen Veranstaltungen hingewiesen werden, so EBMin **Schmetz**. Weiter geht sie auf mögliche Fördergelder ein. Die Vereine werden bei Rückfragen zur Auslegung der Corona-Vorschriften beraten. Begegnungen im Außenbereich sollen ermöglicht werden. Hier könne auf große Hygienekonzepte verzichtet werden. Die Angebote kommen aus den Vereinen. Es solle Bewegung, Begegnung und die Gemeinschaft gestärkt werden. Zum Sommercamp werde es eine Presseerklärung geben.

---

**Beschluss:**

1. Der Jugendmusikschule e.V. werden zur Durchführung der MusikImpulse für die Schuljahre 2021/22, 2022/23 und 2023/24 Fondsmittel in Höhe von insgesamt 45.745,00 € bewilligt. Die Gesamtsumme verteilt sich dabei wie folgt auf die einzelnen Schuljahre:

Schuljahr 2021/22:	13.853,00 €
Schuljahr 2022/23:	21.826,00 €
Schuljahr 2023/24:	10.066,00 €

2. Die Jugendmusikschule e.V. legt bei erfolgreichem Projektverlauf für jedes Förderjahr einen Folgeantrag beim Fachbereich Bildung und Familie vor. Vorbehaltlich des vorliegenden positiven Grundbeschlusses wird davon abgesehen, die Folgeanträge erneut vom Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales annehmen zu lassen, sofern die jeweils beantragte Fördersumme die oben genannten Werte nicht übersteigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein und begrüßt die Vertreterin der Jugendmusikschule.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Das Projekt sei wichtig, so Stadträtin **Wiedmann**. Das neue Modell sei langfristiger und sicherer. Es sollten jedoch mehr Kinder erreicht werden. Sie stimmt gerne zu.

Stadtrat **Meyer** will wissen, ob das Bundesteilhabeprogramm genutzt werde und fragt nach den bisherigen Teilnehmern auch über die Ludwigsburg Card. Weiter geht er auf die Finanzierung ein. Hierzu sei der Fonds nicht gedacht. Der Fonds solle eine Anschubfinanzierung gewährleisten. Jedoch brauche die Jugendmusikschule Klarheit. Das Programm solle besser beworben werden. Auch eine Unterstützung in der Antragstellung sei sinnvoll. Er wünscht einen Bericht in zwei Jahren. Er wünscht den vermehrten Zugang für Kinder aus schwierigen Verhältnissen und eine Steigerung dieser Quote. Möglichst viele Kinder sollen dieses Projekt nutzen. Durch entsprechende Projekte können Spenderinnen und Spender akquiriert werden.

Stadträtin **Moersch** spricht von einer Erfolgsgeschichte und stimmt der Vorlage zu. Das Projekt habe sich bewährt. Sie dankt den Unterstützern und geht davon aus, dass dieses Projekt gerne unterstützt werde. Kinder sollen mit Kunst und Musik zusammengebracht werden. Ein Bericht in zwei Jahren werde gewünscht. Zudem solle der Fonds, wie auch das Teilhabepaket mehr beworben werden.

---

Das Projekt werde seit Jahren positiv begleitet, so Stadtrat Prof. **von Stackelberg** und stimmt gerne zu. Wichtig sieht er unter anderem die Honoraranpassung an. Dieser Schritt sei für eine zukunftsfähige Aufstellung wichtig. Er wünscht eine zweijährige Berichterstattung.

Stadtrat **Heer** geht auf die positive Verstetigung des Projektes und die Finanzierung ein. Dies müsse zeitnah in den städtischen Haushalt aufgenommen werden. Der Fonds sei nicht für eine Dauerfinanzierung gedacht. Dennoch brauche die Musikschule eine Finanzierungssicherheit. Weiter spricht er die Festanstellungen an.

Alle Kinder sollten in den Genuss dieses Programmes kommen, wünscht Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Die Beantragung des Teilhabepaketes werde gescheut, so die Erfahrungswerte. Hier müsse noch nachgearbeitet werden.

Eine **Vertreterin** der Jugendmusikschule geht auf die offenen Fragen ein und dankt für das positive Feedback. Das Programm werde wieder angekurbelt und voll aufgebaut. Einige ehemalige Lehrkräfte haben ihre Teilnahme bereits signalisiert. Sie geht auf das Teilhabepaket ein. Dieses werde direkt beim Landratsamt abgerufen. Leider werden sehr wenige Kinder über die Ludwigsburg Card erreicht. Hier bräuchte man die Unterstützung der Einrichtungen, da die Antragstellung häufig ein Hinderungsgrund darstellt.

Die Lehrkräfte der Kunstschule Labyrinth, die im Projekt KulturImpulse arbeiten, werden weiterhin auf Honorarbasis beschäftigt, fügt die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur hinzu. Hier gebe es grundsätzlich, bis auf einen kleinen Anstellungspool, keine Festanstellungen bei den Lehrkräften. Die Kunstschule sei durchfinanziert. Analog werde der Elternbeitrag angehoben, da das Programm zusammengehöre. Das Projekt sei eine Institution und eine Daueraufgabe. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage habe man den Fonds im Sinne eines Neustarts angefragt, ohne den angespannten städtischen Haushalt zu belasten. Man müsse sich um die künftige Finanzierung und Grundstruktur kümmern. Bislang sei das Projekt durch eine Mischfinanzierung aus privaten Stiftungen, kommunalen Mitteln und Elternbeiträgen getragen worden. Die Verwaltungskosten trage die Jugendmusikschule. Die Stadt finanziere lediglich die Projektleitung.

EBMin **Schmetz** nimmt die Ergänzungsaufträge mit. Das Bundesprogramm sei eine Einmalzahlung und nur für die Sommerferien vorgesehen. In Kreisen der Schulsozialarbeit und Kindertagesstätten seien das Teilhabepaket, die Unterstützungsleistungen und die Antragstellung vorgestellt worden. Jedoch müsse hier noch eine bessere Sichtbarkeit erreicht werden. Auf der Homepage solle darauf hingewiesen werden. Sie lasse über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**Beschluss durch Ausschuss Bildung, Sport, Soziales (BSS):

1. a) Dem Antrag der Evangelischen Gesamtkirchengemeinde auf Aufnahme in die Bedarfsplanung der Stadt Ludwigsburg von 1 Gruppe GT 8 (3-6) wird zugestimmt. (Anlage 1)
- b) Dem Antrag auf Auflösung der eingruppigen Kindertageseinrichtung in der Oberen Marktstr. 3/1 zum Ende des Kindergartenjahres 2025/2026 (31.08.2026) wird zugestimmt (Anlage 2).
- c) Der Betriebskostenzuschuss erfolgt nach den Maßgaben des Trägervertrages.
2. Der Nutzungsänderung der Räumlichkeiten zur Kindertageseinrichtung sowie dem Raumprogramm wird zugestimmt (Anlage 3).

Beschluss durch Ausschuss Stadtplanung, Hochbau, Liegenschaften (SHL):

3. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften beschließt die Umnutzung der Erdgeschossenebene der Villa Ulmer für Kinderbetreuung auf Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Projektkosten in Höhe von 613.000 EUR brutto (investiv 375.000 €, konsumtiv 210.000 € Ausstattung 28.000 € - Kostengruppen 200 - 400 + 700 inkl. 19 % MwSt. und Sicherheitszulagen).
4. Die notwendigen investiven Mittel in Höhe von 178.000 € für 2022 werden im Vorgriff auf den Haushalt 2022 genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 und 2 wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein. Im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen stehe die Villa Ulmer nicht mehr als Begegnungsstätte zur Verfügung. Die Prüfung als Kinder- oder Kindertageseinrichtung sei abgeschlossen. Die Räumlichkeiten seien in dieser Form nutzbar und ein alternativer Standort für die Obere Marktstraße.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Mittelfristig solle die Villa Ulmer ein Ersatz für die Obere Marktstraße darstellen. Die evangelische Kirchengemeinde habe einen Antrag auf Erweiterung des Kinder- und Familienzentrums gestellt. Das Raumprogramm in der Oberen Marktstraße sei nicht zeitgemäß sowie zukunftsfähig und solle eingestellt werden. Der Kirchengemeinderat hat dieser Auflösung zugestimmt.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

---

Stadträtin **Wiedmann** begrüßt die Entscheidung und stimmt gerne zu. Der Bezug zur älteren Generation bleibe durch die Nutzung der Werkstatt bestehen. Die Verbindung mit dem Kinder- und Familienzentrum biete sich an. Das Konzept sei vielversprechend. Die Aufrüstung des bestehenden Gebäudes sei eine gute Investition.

Man schaffe mehr Plätze, die dringend benötigt werden, merkt Stadtrat **Meyer** an. Die Zukunft liege bei 5- bis 6-zügigen Kindertagesstätten. Er fragt, ob 20 oder 25 Kinder vorgesehen seien. Weiter will er wissen, ob für alle Seniorenbegegnungsstätten eine Lösung gefunden worden sei. Mit der Schließung der Begegnungsstätte habe man sich sehr schwergetan, sagt er mit Bedauern. Zudem interessiert ihn, welche Räume für die Stadtteilarbeit vorgesehen seien. Er wird der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Moersch** erinnert an die bisher untergebrachte Seniorenbegegnungsstätte und bedauert die Schließung. Das Gebäude sei in einem guten Zustand und sie wundert sich über die Höhe der Kosten. Weiter geht sie auf die Themen Brandschutz, Barrierefreiheit, Wohnraum und Denkmalschutz ein. Sie befürwortet die Werkstatt im Kellergeschoß.

Die Auflösung der Seniorenbegegnungsstätte sei emotional gewesen, so Stadträtin **Metzger**. Das Haus erhält eine neue soziale Aufgabe. Die Kindertagesstätte Obere Marktstraße sei nicht mehr zeitgemäß. Sie stimmt der Vorlage gerne zu.

Der Bedarf an Plätzen sei gegeben, merkt Stadtrat **Heer** an. Jedoch sieht er den Standort als nicht kindgerecht an und fragt nach vergleichbaren Kosten. Er bedauert ebenso die Schließung der Seniorenbegegnungsstätte. Er signalisiert dennoch seine Zustimmung.

Die Kinderanzahl richte sich nach der Betriebsform, so ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie. Hierzu laufen Gespräche mit dem Träger. Der Bedarf für 25 Kinder werde gesehen. Der Stadtteil habe die Möglichkeit den Mehrzweckraum zu nutzen. Die größten Kostenpunkte liegen bei der Raumakustik, Heizung, Starkstrom, Lüftung und Außenanlagen. Zudem müsse der Denkmalschutz beachtet werden.

Der **Fachbereichsleiter** Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen geht auf die Seniorenbegegnungsstätte ein. Allen Gruppen sei ein entsprechendes Angebot gemacht worden.

EBMin **Schmetz** fügt hinzu, dass das Gebäude sehr gut erhalten sei und die Umnutzung deutlich unter den üblichen Kosten liege. In der Regel fallen bei Sanierungen, Bau und Planungen pro Gruppe in etwa Kosten von 1 bis 1,2 Millionen Euro an. Die Räumlichkeiten seien für die Gruppenstruktur geeignet. Die technische Beratung und die Details werden im Ausschuss für Stadtplanung, Hochbau und Liegenschaften vorgestellt. Sie lässt über Ziffer 1 und 2 der Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Turn- und Sportverein Grünbühl e.V. erhält für die Sanierung des Daches seines Vereinsheims bei anrechenbaren Kosten in Höhe von gerundet 16.173 € einen Zuschuss in Höhe von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 8.086 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Heer

**Beratungsverlauf:**

Der **Fachbereichsleiter** Sport und Gesundheit geht auf die Vorlage ein.

Nachdem auf eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

1. Der Reit- und Fahrverein Ludwigsburg-Monrepos e.V. erhält für den Kauf eines mobilen Reitbodens bei anrechenbaren Kosten in Höhe von gerundet 73.300 € einen Zuschuss in Höhe von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 36.650 €.
2. Der Reit- und Fahrverein Ludwigsburg-Monrepos e.V. erhält für die Sanierung der Wasserversorgungsleitungen für die Stallboxen bei anrechenbaren Kosten in Höhe von gerundet 16.300 € einen Zuschuss in Höhe von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 8.150 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

Der **Fachbereichsleiter** Sport und Gesundheit geht auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt, ob durch die Nichtdurchführung einzelner Veranstaltungen Kosten eingespart werden konnten und ob noch weitere Sponsoren aktiviert werden können.

Durch die Nichtdurchführung konnten keine Kosten eingespart werden, so der **Fachbereichsleiter**. Man stehe im engen Austausch mit dem Verein. Dieser habe mehrere Anschaffungen zu stemmen.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Die „Richtlinien zur Förderung von Integrationsprojekten“ aus dem Jahr 2011 werden wie nachfolgend beschrieben in „Förderrichtlinien für Vereine und Initiativen der Integrationsarbeit“ weiterentwickelt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

**Beratungsverlauf:**

Der **Fachbereichsleiter** und eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen gehen auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** begrüßt die Vertreterinnen und Vertreter des Integrationsrats und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Shoaleh** dankt für die Vorlage. Die Zeiten, Problemlagen und Bedarfe haben sich geändert. Die Vereine leisten eine wertvolle Arbeit. Wichtig sei auch die Unterstützung für Kooperationsarbeit. Sie stimmt der Vorlage zu.

Stadträtin **Dr. Traub** dankt dem Integrationsrat und stimmt der Vorlage zu. Man könne mehr Netzwerkarbeit leisten und Strukturen erhalten. Gelungen sei die Integration der Gruppen und der soziale Zusammenhalt. Die Definition des Eigenanteils und die Leistung dessen sei gut wie auch die Dokumentation für mehr Transparenz.

Die Integrationsarbeit sei weiterhin wichtig, merkt Stadtrat **Dengel** an und stimmt gerne zu.

Auch Stadträtin **Metzger** gibt ihre Zustimmung. Der Integrationsrat ist eine gute Einrichtung und nimmt seine Beratungsfunktion wahr.

Stadtrat **Heer** kann ebenso mitgehen. Er fragt, ob bisher die jährlichen Beträge voll ausgeschöpft worden seien.

Man habe Erfahrungswerte zugrunde gelegt, so eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches. In der Vergangenheit seien rund 6.000, --Euro abgerufen worden.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage abstimmen.

### **Beratungsverlauf:**

Es erfolgt ein Bericht über die Entwicklung in der Sprachförderung in Ludwigsburger Kindertageseinrichtungen und Schulen durch eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bildung und Familie anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Nachdem auf eine Aussprache verzichtet wird, spricht EBMin **Schmetz** ihren Dank an die Stiftung Jugendförderung der Kreissparkasse Ludwigsburg für die weitere Spendenzusage aus und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

**Beschluss:**

1. Das Fördergeld der Wüstenrot Stiftung in Höhe von 12.500 EUR, eingegangen am 01.06.2021, wird angenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Traub

**Beratungsverlauf:**

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.